

Grenzregion in Alarmbereitschaft: Streit um Schweizer Atommüllendlager

In Waldshut-Tiengen fordert Deutschland Mitspracherecht beim geplanten Schweizer Atommüllendlager, Sicherheitsaspekte stehen im Fokus.

Waldshut-Tiengen, Deutschland - Wenigstens in der Nachbarschaft drängt die deutsche Seite auf Mitsprache: In unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze soll ein neues Atommüllendlager in der Schweiz entstehen. Der Standort „Nördlich Lägern“, nur etwa drei Kilometer von der Gemeinde Hohentengen (Kreis Waldshut) entfernt, rückt immer näher in den Fokus. Dies wurde kürzlich bei einer Informationsveranstaltung in Waldshut bekannt, wo bis zu 300 Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) reagierten. Die geplante Einlagerung von radioaktivem Müll unter der Erde könnte Auswirkungen auf die gesamte Region haben, und das deutsche Umweltministerium hebt daher die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit hervor, wie bereits **Südwest Presse** berichtete.

Sicherheit an erster Stelle

Die Landesumweltministerin Thekla Walker betonte, dass Sicherheit oberste Priorität hat und dass Kosten hierbei keine Rolle spielen dürfen. Die zuständigen Behörden in der Schweiz hatten im letzten Monat die Genehmigungsunterlagen für das Tiefenlager eingereicht, das als geologisch sicher gilt. Christian Kühn, Präsident des Berliner Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, verkündete, dass die Sicherheit für

Mensch und Umwelt überragend wichtig ist. Deutschland beteiligt sich aktiv an der Diskussion um den Standort, da die Wahl von „Nördlich Lägern“ nach geologischen Kriterien für die Verantwortlichen in der Schweiz entschieden wurde. Doch nicht alle Details sind klar, insbesondere die Menge des anfallenden Atommülls bleibt ungewiss, während die Prognosen auf bis zu 83.000 Kubikmeter hindeuten, genug, um 33 olympische Schwimmbecken zu füllen, wie in einem Bericht von **SWR** erläutert wurde.

Die erwartete politische Entscheidung in der Schweiz wird wohl bis 2030 auf sich warten lassen, während die Einlagerung selbst erst ab 2050 beginnen soll. Der gesamte Zulassungsprozess umfasst rund 30.000 Seiten und wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Die deutsche Seite bleibt optimistisch, dass eine interne Mitsprache sichergestellt wird und der Dialog zwischen den Behörden auf beiden Seiten der Grenze gewährleistet ist. Die Regionalentwicklung wird dabei in den Fokus rücken, da die Bevölkerung und deren Belange eine zentrale Rolle in den künftigen Verhandlungen spielen werden.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Waldshut-Tiengen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• nag-news.de• www.swp.de• www.swr.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at